

Externe Kommunikation

Aktuelle presse-öffentliche Aussagen

13. Mai 2022

Statements des BDI

10. Mai, Statement zum Treffen G7-Digitalminister:

- „Der Krieg in der Ukraine ist der Weckruf für eine stärkere digitale Souveränität der G7. Für die G7-Staaten ist es jetzt wichtig, die strategische Abhängigkeit von autoritären Staaten massiv zu verringern. Wir können unsere Technologievorsprünge nur halten, wenn die G7-Staaten und deren Unternehmen gemeinsam Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz voranbringen. Es ist Zeit, Allianzen zu schmieden, um Rohstoffe für die Halbleiterproduktion zu beschaffen oder industrielle Cloud-Technik zu entwickeln.
- Die Wirtschaft der G7-Staaten ist in großer Sorge über die deutliche Zunahme schwerwiegender Cyberangriffe auf Unternehmen, kritische Infrastrukturen und staatliche Institutionen. Allein in Deutschland wurden im vorigen Jahr fast 90 Prozent der Unternehmen von Cyberangriffen getroffen.“

4. Mai, Statement zu neuen Exportzahlen:

- „Beim Export herrscht Ruhe vor dem Sturm. Über der deutschen Wirtschaft ziehen angesichts des Ukraine-Kriegs und der Null-Covid-Strategie der chinesischen Regierung dunkle Wolken auf. Die deutsche Industrie befürchtet eine Abwärtsspirale für die Exportwirtschaft – mit gewaltigen Herausforderungen für die Industrieproduktion.
- Schon jetzt stehen die weltweiten Lieferketten massiv unter Druck. Ein Gasembargo schwebt zusätzlich wie ein Damoklesschwert über den Unternehmen – mit unkalkulierbaren sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen.“

4. Mai, Statement zum europäischen Öl-Embargo:

- „Ein europäisches Embargo auf russisches Öl ist ein außerordentlich drastischer Schritt. Für den russischen Staat ist der Verkauf von Öl die wichtigste Einnahmequelle. Ein Öllieferstopp wird Russland hart treffen.
- Die deutsche Industrie unterstützt diesen Schritt. Die Unternehmen haben seit Beginn der Invasion im engen Miteinander mit der Politik daran gearbeitet, dies praktisch möglich zu machen. Angesichts der russischen Aggression braucht es unmissverständliche, zielgenaue und langfristig durchhaltbare Sanktionen, die den Aggressor stärker bestrafen als uns Europäer.

- Russisches Öl lässt sich auf dem Weltmarkt kurzfristig ersetzen, allerdings verbunden mit zusätzlichen Kosten und logistischen Herausforderungen. Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Übergangsfristen sind der richtige Weg.
- Angesichts des Ölembargos werden die Energiepreise wahrscheinlich weiter steigen. Die Politik muss im engen Austausch mit Wirtschaft und Gesellschaft nun alles an Unterstützung gewähren, was für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und den Schutz der privaten Verbraucher notwendig ist.“

27. April, Statement zur Konjunkturprognose der Bundesregierung:

- „Es ist folgerichtig, dass die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose deutlich zurücknimmt. Der Krieg Russlands und die Corona-Pandemie beeinträchtigen die Wirtschaft stark. Eine kurzfristige Erholung ist nicht in Sicht.
- Die deutsche Wirtschaft erlebt aktuell eine doppelte Krise. Hohe Energiepreise und unterbrochene internationale Lieferketten wegen der erneuten Störung des Container-Seeverkehrs aus China bremsen die Konjunktur. Industrielle Aktivität, Außenhandel und Investitionen schwächeln.“